tischen Republik haben in den vergangenen Jahren mehr als einmal den Vorschlag gemacht, auf dem Wege über eine gesamtdeutsche Beratung solche Wahlen vorzubereiten. Auch dieser Vorschlag hat nicht die Zustimmung des Parteivorstandes der SPD gefunden. Indessen ist die Vorbereitung und die Durchführung von Wahlen nicht nur ein rein technisch-organisatorischer Vorgang. Durch die gesamtdeutschen Wahlen soll eine bedeutende nationale Entscheidung gefällt werden. Wir wissen uns in Übereinstimmung mit der Arbeiterklasse, mit der großen Mehrheit der deutschen Wählerschaft, wenn wir sagen, das Ziel gesamtdeutscher freier Wahlen muß sein: die Schaffung eines demokratischen, friedliebenden und unabhängigen deutschen Staates! Die Vorbereitung und Durchführung von freien demokratischen Wahlen muß jedoch in den Händen der Deutschen liegen und nicht, wie Herr Eden fordert, in den Händen der Besatzungsmächte.

Die friedliebenden Kräfte in Deutschland können nicht der Durchführung von Wahlen zustimmen, die der Machtergreifung des Militarismus in Deutschland den Weg ebnen. Es wäre verhängnisvoll, aus formal parlamentarischen Erwägungen die Lehren der deutschen Geschichte, insbesondere die Lehren der Jahre 1930 bis 1933, zu mißachten. Damals kamen mit Hilfe von Wahlen solche reaktionären Regierungen zur Macht, wie die Papen- und Schleicher-Regierung, die dem Hitlerfaschismus den Weg bereiteten. Im November 1932 wurden solche „freie Wahlen“ zum Deutschen Reichstag durchgeführt, bei denen die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei Deutschlands insgesamt 13228000 Stimmen und 221 Mandate erhielten. Unter völliger Ausschaltung dieser Millionen Stimmen der Werktätigen wurde die Schleicher-Regierung gebildet, die auf legalem parlamentarischem Wege zur Einsetzung der Hitler-Regierung durch Hindenburg führte. Der Hitlerfaschismus tarnte ebenfalls durch sogenannte freie Wahlen im März 1933 seine terroristische Herrschaft. Selbst unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur erhielten dabei die beiden Arbeiterparteien über 12 Millionen Stimmen und 201 Mandate. Die faschistischen Gewalthaber beantworteten das Ergebnis dieser „freien Wahlen“ damit, daß sie die kommunistischen Mandate sofort und die sozialdemokratischen Mandate einige Monate später für ungültig erklärten. Diese Beispiele zeigen, und die Wahlen zum Bonner Bundesparlament vom 6. September 1953 bestätigen in gewisser Hinsicht, daß „freie Wahlen“, bei deren Vorbereitung militaristische und faschistische Organisationen mitwirken und bei denen es den Monopolkapitalisten möglich ist, poli-